

Von deutscher
Neuorientierung und
französischem Rückfall

Verlorene Freundschaft

Friedrich Thelen

Den Wiederauftritt der Familie Bonaparte auf der politischen Bühne Frankreichs in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts kommentiert der im Londoner Exil sitzende Karl Marx mit einem berühmt gewordenen Zitat. In seiner Abhandlung *Der 18. Brumaire des Louis Napoleon* heißt es: „Hegel bemerkt irgendwo, dass alle großen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Das eine Mal als Tragödie – das andere Mal als Farce.“ Die Stichhaltigkeit der These mag man bezweifeln, ihre Schlagkraft hingegen überdauert inzwischen eineinhalb Jahrhunderte. Und im Ablauf innereuropäischer Politik, speziell im Verhältnis Frankreichs zu seinem direkten Nachbarn Deutschland und seinem europäischen Nachbarn Russland, beleuchtet die These Erstaunliches:

Am 18. September 1901 traf der russische Zar Alexander III. samt Zarin zum Staatsbesuch in Paris ein. Am 14. Mai des darauf folgenden Jahres beginnt der französische Staatspräsident Emile Loubet seine Gegenvisite im zaristischen Russland in St. Petersburg. Nun waren und sind Staatsbesuche regierender Monarchen oder Staatsoberhäupter an sich nichts Ungewöhnliches. Imperial, royal oder präsidential gereist wurde und wird zu allen Zeiten – rund um den Globus. Was indes bei der zaristischen Staatsvisite im republikanischen Frankreich so ungewöhnlich war, war die mit ihr verbundene Symbolik. Es war der erste Besuch eines Zaren in jenem Frankreich, dem die Zaren den Sturz der nach ihrer Vorstellung ange-

stammten bourbonischen Monarchien noch immer nicht verziehen hatten – und das Alexander I., Vorfahre Alexanders III., nur als Sieger über den ersten Napoleon im Jahre 1813 betreten hatte. Knapp ein Jahrhundert später dokumentierte die russische Politik vor aller Welt mit dieser Visite, dass die enge, über einhundert Jahre währende Dauerbeziehung zwischen Preußen/Deutschland und Russland nunmehr am Ende war. Gleichzeitig signalisierte das zaristische Russland, dass jetzt der präferierte Partner auf dem europäischen Kontinent Frankreich sein werde.

Die politischen Folgen der nachfolgenden Umklammerung und Isolation Deutschlands sind Historie, bedürfen keiner Repetition oder Erläuterung. Wo liegt nun im Heute die Parallelität oder die Hegel'sche Farce? Gewiss nicht im Besuch von Russlands Präsident Wladimir Putin in Frankreich. Dorthin kamen schon viele sowjetische Vorgänger des derzeitigen Kremlherrn, von Nikita Chruschtschow bis Leonid Breschnew. Wie auch alle französischen Präsidenten von General Charles de Gaulle bis hin zu Jacques Chirac viel und gern nach Moskau geflogen sind. Vielmehr ist es die zunehmend an Tempo gewinnende Entwicklung, mit der Frankreich und Deutschland Distanz zwischen sich entstehen lassen, was in der Konsequenz die Gefahr birgt, die bisherige europäische Statik zu erschüttern.

Dafür gibt es verschiedene Kausalitäten, und die Entwicklungen laufen nebeneinander her und überholen sich teilweise. Am Anfang stand die zuerst nicht

so deutlich sichtbare, sich dann aber doch herauschälende völlig neue Orientierung der deutschen Außenpolitik. Mit dem einstigen Juso-Vorsitzenden und zumindest altersmäßigen Vertreter der 68er Generation, Gerhard Schröder, übernahm in Bonn/Berlin 1998 ein Bundeskanzler die Macht, der nicht mehr in den Kategorien der dualen Einbindung Deutschlands in transatlantische und europäische Bündnisse fühlte und agierte. Das wurde zu Beginn noch hinter dem üblichen Vorhang verbaler Versicherungen verheimlicht, nahm aber schon vor dem Irak-Krieg für Interessierte immer deutlichere Konturen an. Gerhard Schröder und seine politischen Freunde glauben an eine im Wettbewerb gegen und von den USA emanzipierte Großmacht Europa.

Antiamerikanische Traditionen

Diese Entwicklung hängt sicherlich mit den alten antiamerikanischen Traditionen der SPD-Linken zusammen und reflektiert zusätzlich den Wunsch vor allem jüngerer Politiker der rot-grünen Koalition, nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges aus dem Schatten und Schutz der amerikanischen Vormacht und Patronage herauszutreten. Befördert wurde diese Entwicklung zusätzlich durch den Gestus der inzwischen immer imperialer auftretenden, einzig übrig gebliebenen Supermacht USA. Insbesondere die Außenpolitik von George W. Bush trug heftig dazu bei, die schon subkutan vorhandenen antiamerikanischen Gefühle in Deutschland zu verstärken.

Mit der Abwendung von Amerika aber betrieb die rot-grüne Regierung die Erosion eines kunstvoll gezimmerten und jahrzehntelang wohl funktionierenden Gleichgewichtes innerhalb des europäischen Machtgleichgewichtes. Denn als logische Konsequenz musste sich Berlin nunmehr Frankreich als europäischer

Führungsmacht anschließen. Hatten alle vorherigen Bundeskanzler es – trotz sehr verschiedener persönlicher Geneigtheiten – bis dahin sorgfältig vermieden, sich zwischen Paris und Washington zu entscheiden, war nun eine eindeutige Festlegung erfolgt. Diese brauchte der Bundeskanzler auch, um sich in der innen- und außenpolitischen Diskussion des Vorwurfes zu erwehren, die Deutschen befänden sich nunmehr auf einem von allen Mitspielern argwöhnisch beobachteten neuen deutschen Sonderweg. Aber damit hatte die deutsche Politik, obwohl sie durch Abnabelung von den Vereinigten Staaten geglaubt hatte, größere Unabhängigkeit und damit auch ein Stück mehr an Macht zu gewinnen, geradezu das Gegenteil bewirkt. Denn durch das Beharren auf der Gleichwertigkeit von Europäischer Union und Transatlantischem/NATO-Bündnis für die deutsche Außenpolitik war die Bundesrepublik in beiden Welten verankert und durch beide gegenseitig gesichert.

Was sich nicht zuletzt zeigte, als sich beim Fall der Berliner Mauer die Chance der Wiedervereinigung bot. Es war der atlantische Teil der deutschen Bündnisarchitektur, der Bundeskanzler Helmut Kohl in die Lage versetzte, die deutsche Einheit herbeizuführen. Denn die europäischen Partner fielen während des Vereinigungsprozesses eher als neutrale Beobachter oder gar Bremser denn als unterstützende Freunde auf. Mit dem Umschwenken Deutschlands verliert die Berliner Außenpolitik nunmehr einen Teil des ja gerade angestrebten größeren internationalen Bewegungsspielraumes.

Der wird auch noch durch eine andere Entwicklung eingeschränkt. Schon im alten Europa gab es den nie verheimlichten französischen Wunsch, die wesentliche politische Stimme aller vereinten Europäer, zumindest nach außen, zu sein. In des wurde dieser Wunsch, die Interessen der Grande Nation insbesondere gegen-

über Deutschland – das durch seine Vergangenheit zusätzlich beschränkt war – als die maßgeblichen europäischen zu erklären, limitiert. Zum einen durch die schon erwähnte zwingend gebotene Rücksichtnahme auf die Mitgliedschaft Deutschlands, aber auch anderer Europäer in der NATO. Zum anderen aber konnte die Bundesrepublik durch ihr eigenes ökonomisches Potenzial, das dem französischen eindeutig überlegen war, etwaige überbordende Ungleichgewichte und aus ihnen abgeleitete Ansprüche austarieren. Diese Stärke hat Deutschland seit Jahren verloren. In der OECD-Tabelle rangiert die Bundesrepublik inzwischen auf einem der letzten Plätze – noch hinter Frankreich. Das ist für Frankreich, das seine sozio-ökonomischen Reform-Hausaufgaben genauso wenig erledigt hat wie Deutschland und genauso wie Berlin seit Jahren die Drei-Prozent-Verschuldungsmarge des Maastrichter Vertrages verletzt, zumindest politisch weniger bedeutsam. Denn das französische politische Gewicht stammte ja gerade nicht aus der ökonomischen Leistungsstärke des Landes.

Pariser Bühne

Nun könnte sich die deutsche Politik ja auf eine Frankreich nachgeordnete Rolle im internationalen Konzert einrichten, etwa nach dem Motto: Der deutsch-französische Motor stottert – aber im Gleichklang. Und Frankreich sollte demnach den *Praeceptor Europae* auch mit Unterstützung des mittlerweile noch fester verbundenen Dauer-Freundes Deutschland spielen. Dem ist aber leider nicht so. Denn Staaten verhalten sich – trotz aller Freundes- und Treueschwüre – vornehmlich nach der rigiden Rangordnung ihrer eigenen, das heißt nationalen Interessen. So erlebte das deutsche Publikum in jüngster Zeit ganz neue, ungewohnte Inszenierungen auf der Pariser Bühne. Dort stellte der aufstre-

bende Star der Gaullisten-Sammlungsbewegung und Finanzminister Nikolas Sarkozy nicht nur die Exklusivität, sondern die gesamte deutsch-französische Achse infrage. Stattdessen strebe er eine Zusammenarbeit jener sechs Länder Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Italien und Polen an, die zwischen vierzig und achtzig Millionen Einwohner hätten. Von der Beschwörung enger deutsch-französischer Kooperation, ja Freundschaft ist nicht mehr die Rede. Gerade im Oktober hat Paris durch den Mund von Finanzminister Sarkozy einmal mehr hören lassen, was es von den deutschen Wünschen bei der geplanten europäischen Werften-Fusion hält – nichts.

Veränderte Spielregeln

Wie die veränderten Spielregeln aus Pariser Sicht jetzt aussehen, führt Sarkozy – ungebremst von seinem Staatspräsidenten Jacques Chirac – denn auch umgehend vor. Von den in der EU gemeinsam vereinbarten Regeln einer liberalen Wirtschaftsordnung in Europa ist nicht mehr die Rede. Es gilt nur noch, was den engen nationalen Interessen Frankreichs dient. Beeinflusst vom Geist des Gründers seines Ministeriums, des Finanzministers Ludwigs XIV., Jean Baptiste Colbert, scheint Sarkozy dessen Merkantilismus für Frankreich revitalisieren zu wollen. Oder wie der ehemalige französische VW-Chef Daniel Goudevert glaubt: „Der Colbertinismus kehrt zurück.“ Eine erste Kostprobe des neuen Geistes bekamen die Deutschen serviert, als der kleinere französische Chemiekonzern Sanofi die größere deutsch-französische Aventis schluckte. Als der deutsche Elektronik-Konzern sich danach für das französische Unternehmen Alstom interessierte, wurde dem Münchener Unternehmen ganz kühl bedeutet, so etwas komme überhaupt nicht infrage. Frankreich, so Sarkozy, wolle völlig unbe-

hindert von irgendwelchen Regelungen eigene Industrie-Champions entwickeln und diese gegebenenfalls auch unter Bruch des europäischen Rechtes mit Steuermilliarden alimentieren.

So desolat ist der derzeitige Aggregatzustand zwischen Paris und Berlin, dass Dominique Moisi, stellvertretender Direktor des Pariser Institutes für Internationale Beziehungen, ganz kühl analysiert: „Der deutsch-französische Motor ist abgesoffen.“ Denn einmal ganz abgesehen von allen anderen Problemen, betonen Schröder und Chirac nur noch den europäischen Status quo, statt sich auf die Suche nach einer tragenden Idee zu begeben. Somit kehrt man zu Hegels Farce zurück. Wenn nach der Entfremdung von Washington auch noch Paris als enger Beziehungspartner entfällt und sich dieser gegebenenfalls auch noch Moskau annähert, stehen die Deutschen wieder allein. Und daran ändern auch demonstrative Inszenierungen für das breite Publikum wie das Treffen der Regierungschefs von Spanien, Frankreich und Deutschland am 14. September 2004 in Madrid überhaupt nichts.

Nur zur Illustration: Während die deutsche Bundesregierung den Nebenkriegsschauplatz einer ziemlich aussichtslosen Dauermitgliedschaft Berlins im UN-Sicherheitsrat eröffnet, macht einer von Sarkozys Wunschpartnern der engeren europäischen Zusammenarbeit, Italien, offen Stimmung in den USA gegen Berlin. Als dann Bundeskanzler Gerhard Schröder den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi Mitte Oktober in Rom aufsuchte, erklärte der Gastgeber dem deutschen Besucher unverblümt: „Ein Vetositz für Berlin im Weltsicherheitsrat – das geht nur über unsere Leiche.“ Im offiziellen Kommuniqué hieß es dann: „Keiner hat Anlass gesehen, seine Position zu verändern.“ Wie das? Wollten die Deutschen nicht in das UN-Sanktuarium mit dem prestigeträchtigen

Veto-Recht? Da muss man wohl über die außenpolitische Beliebigkeit eines Routine-Politikers wie Gerhard Schröder verfügen, um sagen zu können: „Das Thema wird überschätzt.“

Wenn sich der deutsche Bundeskanzler da mal nicht irrt. Ganz Europa starrt mit wachsendem Interesse auf die außenpolitischen, zuweilen erratischen Bewegungen Berlins. Und der nächste Großkonflikt mit Frankreich zieht schon am Horizont herauf. Denn keine Frage bewegt die französische Öffentlichkeit kurz vor dem EU-Gipfeltreffen am 17. Dezember in Brüssel mehr als die Entscheidung, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden soll. Anders als der französische Präsident Jacques Chirac, der nach Ansicht seiner Landsleute vorschnell seine Zustimmung zu den zielgerichteten (auf Beitritt der Türkei) Verhandlungen der EU gegeben hat, lehnen 75 Prozent der Franzosen den Beitritt ab. Der potenzielle Nachfolger Chiracs, der schon genannte Nicolas Sarkozy, lässt keine Gelegenheit verstreichen, seine immer stärkeren Zweifel an dieser Haltung des Präsidenten zu artikulieren. Folglich tut man ihm wohl kein Unrecht an, wenn man davon ausgeht, dass er – sollte er in den Élysée-Palast einziehen – die Mitgliedschaft der Türkei in der EU blockieren wird.

Das aber bringt den deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der sich zum Vorkämpfer des türkischen Beitritts gemacht hat, in weitere Bedrängnis. Es könnte ihm passieren, dass er in naher Zukunft alleine gegen die europäischen Partner – nur unterstützt von den ansonsten wenig für Berlin eingenommenen Amerikanern – die Mitgliedschaft der türkischen Republik in der europäischen Staatengemeinschaft verfehlt. Damit wären wir isoliert.

War es nicht eine Lektion aus dem tragischen zwanzigsten Jahrhundert, dass sich die Situation der deutschen Isolation in Europa nie wiederholen dürfe?